

1987

11/10/87

Volkszeitung

Nr. 178. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zl. 6.—, jährlich Zl. 72.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrifauer 109
Hof, links.
Tel. 36-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 1.30 bis 2.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 12 Groschen, im Text die dreigefaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

5. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alegandrow:** W. Kösner, Parzejewsta 16; **Bialystok:** B. Schmalbe, Stoletzna 43; **Konstantynow:** F. W. Modrow, Plac Wolnosci 38; **Ozorkow:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Pabianice:** Julius Wala, Sienkiewicza 8; **Tomaszow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunska-Wola:** Anton Winkler, Parzejewstastr. 9; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilińskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellego 20.

Die Sejmberatungen.

Die Unterstützung der Angehörigen der Militärreservisten beschlossen. Ein Sejmtrug in Sachen der Telephonzähler.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Vor Beginn der gestrigen Sejm-Sitzung trat der Seniorenkongress zu einer Sitzung zusammen. Den Vorsitz hatte Marschall Rataj inne. Zu Beginn der Beratungen gab Marschall Rataj eine Erklärung ab, daß bei den Slowacki-Feierlichkeiten in Krakau nichts eingetreten sei, was als eine Zurücksetzung für ihn als Repräsentant des Sejm betrachtet werden könne. Anlaß zu dieser Erklärung gaben verschiedene umtreibende Gerüchte, wonach dem Marschall Rataj bei dem Trauerzuge kein entsprechender Platz angewiesen worden wäre und er auch zu dem am Abend stattgefundenen Bankett nicht eingeladen worden sei.

Nach dieser Erklärung wurde das Programm der nächsten Sejm-Sitzungen besprochen. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung für den 1. Juli einzuberufen, auf deren Tagesordnung der Gesetzentwurf über die Landgemeinden steht. Die weiteren Sejm-Sitzungen werden beginnend von Dienstag, den 5. Juli, täglich stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen die Selbstverwaltungsgesetze.

Der Verlauf der Sejm-Sitzung.

Zu Anfang der gestrigen Sejm-Sitzung wurde in dritter Lesung die Ratifizierung einiger internationaler Konventionen beschlossen. Hierauf wurde über einige Anträge in Sachen der Bestimmungen des Gesetzes über die Stempelgebühren beraten. Das Referat hierüber hielt im Namen der Finanzkommission Abg. Manaczynski (Nat. Volksw.). Weiter wurde vom Sejm eine Resolution der Finanzkommission angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Landeswirtschaftsbank aufzufordern, bei der Abzahlung der zum Wiederaufbau durch den Krieg beschädigter Häuser erteilten Anleihe gewisse Erleichterungen zu gewähren. Die Resolution der Militärkommission über die Wiedereinführung der Unterstützungen für die Familien der zu den Militärlübungen einberufenen Reservisten wurde in zweiter Lesung angenommen. Zum Schluß wurde eine Reihe von Anträgen verlesen, darunter der Antrag über die Einführung der Telephonzähler, auf den wir an anderer Stelle näher eingehen.

Die Unterstützungen für Reservisten in der Budgetkommission des Sejm.

Die Budgetkommission des Sejm trat in der gegenwärtigen Session gestern zum erstenmal zu einer Sitzung zusammen. Zu Anfang erfolgte die Verteilung der Referate, wobei das Referat des Dekrets des Staatspräsidenten über die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 60 Millionen Goldzloty für die Landeswirtschaftsbank dem Abg. Geistlichen Kaczynski übertragen wurde. Hierauf schritt die Kommission zur Beratung über den Gesetzentwurf über die Unterstützungen für die Reservisten. Abg. Lieberman legte die Anträge der Militärkommission in dieser Frage vor. Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß die Regierung die Frage der Erledigung dieser Angelegenheit nicht aufgeworfen habe und sie es dem Sejm deshalb auch überlasse, die Quellen zur Deckung dieser Ausgabe zu wählen. Der Vertreter des Kriegsministeriums war nicht anwesend. Nach der Diskussion wurde Art. 2 des Gesetzentwurfes angenommen. Dieser Artikel führt im Budget des Innenministeriums betreffend die Wojewodschaften und Starosten einen neuen Artikel Nr. 16 unter der Benennung: Militärstützungen in Höhe von 3 Millionen Zloty. Gleichzeitig werden im Budget der Staatsunternehmen die Einnahmen des abakmonopols um 3 Millionen Zloty erhöht. Zu merken ist, daß dieser Artikel des Gesetzentwurfes einstimmig angenommen wurde.

Die Frage der Telephonzähler vor dem Sejm.

Ein gemeinsamer Antrag der Sejm-Parteien gegen die Einführung der Telephonzähler.

(Von unserem Korrespondenten.)

Gestern erschien im Sejm eine Delegation des Verbandes der Telephonabonnenten aus Lodz und Warschau und wandte sich an die Vertreter der einzelnen Klubs mit der Bitte, die Frage der Einführung der Telephonzähler vor den Sejm zu bringen. Die Delegation legte den Klubführern ein Memorial vor, in dem um die Unterstützung folgender Forderungen der Telephonabonnenten gebeten wird: Zurückziehung der Verordnung des Postministers Niedzinski über die Einführung der Telephonzähler, Entfernung aller Staatsbeamten aus der Verwaltung der Telephonaktiengesellschaft „Pact“, Revision des Vertrages der polnischen Regierung mit der schwedischen Telephongesellschaft Cedergren. In Verbindung mit diesen Forderungen der Telephonabonnenten haben die Sejmklubs der P. P. S., des Nationalen Volksverbandes, Chadecja, N. P. K., Wyzwolenie und der Juden einen gemeinsamen Antrag in Sachen der Einführung des neuen Telephontarifs eingebracht. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß es der Gesellschaft „Cedergren“ selbst in Schweden nicht gelang, die Telephonzähler einzuführen. Auch in Polen haben die einzelnen Regierungen diese Absichten der Schweden wiederholt vereitelt. Weiter wird gesagt, daß die Erhöhung der Telephongebühren um 37 Prozent vollständig unbegründet sei, da in dieser Zeit eine Erhöhung der Beamtengehälter in der Telephongesellschaft nicht vorgenommen wurde.

Sollte dieser Antrag der genannten Sejm-Parteien angenommen werden, so verliert die Verordnung über die Einführung der Telephonzähler autonomisch seine Gültigkeit.

Die Abänderung der Wahlordnung in der Verfassungskommission.

In der Verfassungskommission des Sejm wurde gestern wiederum über den von den reaktionären Parteien eingebrachten Entwurf auf Abänderung der Wahlordnung beraten. Abg. Kopyel von der N. P. K. referierte diesen Entwurf, den wir unseren Lesern in der Nummer vom 24. Juni zur Kenntnis brachten.

Als erster ergriff Abg. Czajinski (P. P. S.) das Wort, der sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, mit Ausnahme der Bestimmung auf Verringerung der Zahl der Mandate, womit sich der Redner nicht einverstanden erklären will. Abg. Proszynski (Wyzwolenie) ist gegen die mechanische Verringerung der Zahl der Wahlkreise. Gleichzeitig ist der Redner gegen die Verschmelzung der Wojewodschaften Tarnopol und Wolhynien bei Einbehaltung derselben Abgeordnetenzahl.

Abg. Bryla (Chadecja) unterstützt den Entwurf des Abg. Kopyel.

Einen entschiedenen Standpunkt gegen den Entwurf, der sich ausschließlich gegen die Minderheiten richtet, haben die der Kommission angehörigen Abgeordneten der Minderheiten, und zwar Abg. Ehrlicher (Jüdischer Klub) und Ehrlich (Ukrainer), eingenommen. In ihren Ausführungen wiesen die zwei Vertreter der Minderheiten nach, daß diese Absichten nur die Entrechtung der Minderheiten anstreben und lehnten den Entwurf entschieden zurück.

Eine wichtige Nachtkonferenz in Sachen der Anleihe.

Der Finanzrat besaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Anleiheverhandlungen, der von der Regierung projek-

tierten Valorisierung der Einfuhrzölle sowie mit der Frage der Abänderung der Einkommen- und Vermögenssteuer. In Sachen der Anleiheverhandlungen erstattete Finanzminister Czechowicz Bericht über den gegenwärtigen Stand derselben. Zu der Frage der Valorisierung der Einfuhrzölle nahm der Finanzrat eine ablehnende Haltung ein, erklärte sich dagegen mit der Aufhebung der Zollerleichterungen einverstanden.

Sofort nach der Sitzung begab sich Finanzminister Czechowicz mit dem Vizepräsidenten der Bank Polki, Dr. Mlynarski, nach dem Europäischen Hotel zu einer Nachtkonferenz mit den amerikanischen Finanzvertretern Monnet und Fisher. Finanzminister Czechowicz wird den Amerikanern erklären, daß die polnische Regierung mit einer Verlängerung der Optionsfrist nur dann einverstanden sein wird, wenn eine Anzahlung auf die Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollar sofort erfolgt.

Warum Polen keine Anleihe erhält.

In dem letzten Heft der „Statistischen Nachrichten“ des Warschauer Statistischen Hauptamtes finden wir folgende Zusammenstellung der Notierungen der wichtigsten ausländischen staatlichen Anleihen an der New Yorker Börse:

Schuldner	Verzinsung	Rückzahlungsjahr	Notierung im Jahr 1927			
			Januar	Febr.	März	Ende April
Tschechoslow.	8%	1951	106,22	108,88	108,74	108,63
Frankreich	7%	1949	100,84	102,42	102,42	103,63
Jugoslawien	8%	1962	98,94	101,85	101,32	102,63
Deutschland	7%	1949	106,94	108,10	107,52	107,50
Polen	6%	1940	80,45	83,14	83,25	82,94
Polen	8%	1950	94,75	95,61	97,15	98,50
Ungarn	7½%	1944	101,69	103,72	102,98	102,06

Bei einem Vergleich der oben angeführten Zahlen ersieht man, daß die beiden polnischen Staatsanleihen (die 6% amerikanische und sogenannte Dillonanleihe) von allen Anleihen am ungünstigsten bewertet werden. Die Anleihen der übrigen Staaten notieren alle über Paris, während die polnische Dillonanleihe ziemlich weit von der Parigrenze entfernt ist.

Die obigen Ziffern betreffen allerdings nur den Zeitraum bis April. Nun ist aber zu berücksichtigen, daß gerade in diesem Zeitraum Versuche zur Erlösung der polnischen Anleihen in New York unternommen wurden, um den Boden für die neue große Anleihe vorzubereiten. In der zweiten Junihälfte hatten alle europäischen Anleihen an der New Yorker Börse Kurseinbußen zu verzeichnen. In erster Linie wurden hier wiederum die polnischen Anleihen in Mitleidenschaft gezogen, so daß sich daraus die Tatsache erklärt, warum Polen derzeit keine Anleihe in Amerika erhalten kann. Da die neue Anleihe mit 7 Prozent verzinst werden soll, würde sich ihr Emissionskurs etwa in der Mitte des Kurses für die 6prozentige und die 8prozentige Anleihe halten, d. h. er würde für den Monat Mai einem Kursniveau von etwa 90 entsprechen haben. Da, wie gesagt, im Juni ein weiterer Rückschlag zu verzeichnen war, war die Wahrscheinlichkeit der Unterbringung der Anleihe zu einem Emissionskurs von 92 gleich Null, um so mehr als die polnische Regierung sich im letzten Moment weigerte, die Sollmaßnahmen gegen die Anleihe zu verpfänden.

Das Geheimnis der Nichtzustandekommens der neuen Anleihe für Polen ist somit geklärt, es beruht außer in der derzeitigen, tatsächlich etwas verschlechterten Konjunktur auf dem New Yorker Finanzmarkt, in erster Linie und hauptsächlich in dem immer noch unzureichenden Vertrauen der internationalen Finanz zu Polen.

